

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : das deutsche Elend ; Verständigung ist möglich ; Amerikanische Triebkräfte ; Verfliegende Illusionen ; Neue Abrüstungspläne ; Und die UNO? ; Ordnung und Unordnung

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das deutsche Elend

Es ist eigentlich kaum zu glauben, und doch ist es so: Jedermann weiß, daß ein dritter Weltkrieg im Zeitalter der Atomwaffen das Ende der gesitteten Menschheit bringen müßte — und dennoch redet man fast überall von der Möglichkeit eines solchen Krieges mit einer Kaltblütigkeit und zynischen Verantwortungslosigkeit, als handle es sich «nur» um eines der üblichen Massengemetzel, bei dem zwar diesmal gewiß ein paar hundert Millionen Menschen für «höhere Güter» geopfert werden müßten, das man aber im großen und ganzen doch wieder fröhlich überleben werde. Auch im Nationalrat sagte Bundespräsident Wahlen — der es einmal, als er noch nicht «Staatsmann» war, besser wußte — kürzlich: «Das höchste der Güter des Lebens ist die Freiheit, und um für dieses Gut zu kämpfen, müssen wir uns die möglichen Waffen beschaffen können» — nämlich auch Atomwaffen, wie sie unsere Militärführung längst und mit wachsendem Nachdruck verlangt.

Ähnlich tönt es überall, wo man noch keine Atomwaffen hat. Am lautesten in *Westdeutschland*, dessen Regierung entschlossen und folgerichtig als Krönung ihrer Kriegsrüstungen auf die Ausstattung ihrer Wehrmacht mit Atombomben, made in USA, hindrängt. Und das westdeutsche Volk ist ganz damit einverstanden, hat es doch aus den beiden bisherigen Weltkriegen, die seine Beherrscher entfesselt und verloren haben, nur das eine gelernt, daß seine Armee schlagfertiger und moderner ausgerüstet dastehen müsse als die irgendeines anderen vergleichbaren Staates, um diesmal im Bund mit den Westmächten die im Osten liegenden Ziele endlich zu erreichen, die im wiederholten Zweifrontenkrieg leider nicht erreicht werden konnten. Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, daß die erdrückende Masse der Westdeutschen — Männer wie Frauen — reuelos hinter einer Regierung steht, die ganz in den alten, verruchten national-militärischen Vorstellungen lebt, so hätten die *Bundestagswahlen* vom 17. September ihn erbracht. Alle drei Hauptparteien — Christliche Demokraten, Sozialdemokraten und Freie Demokraten —, wie erst recht die kleine, übernationalistische Reichspartei, haben sich grundsätzlich zu der berühmten «Politik der Stärke» bekannt, die das Kabinett Adenauer-Brentano-Strauß, gestützt auf seine Wehrmacht, seit Jahr und Tag betreibt. Die neugegründete Deutsche Friedensunion aber, die diese Politik ebenso grundsätzlich bekämpft, hat es nicht einmal auf zwei Prozent aller Wählerstimmen gebracht — ein Ergebnis, das weder durch die Jugend und Armut der Bewegung allein zu erklären ist noch durch den terroristischen Druck, dem sie während des Wahlkampfes ausgesetzt war. Es spiegelt im wesentlichen einfach die Geistesverfassung wider, die das «Volk der Dichter und Denker» in seinem bun-

desrepublikanischen Teil tatsächlich immer noch unerschüttert beherrscht.

Was will denn die «Politik der Stärke», für die sich mehr als 98 Prozent der westdeutschen Wähler und Wählerinnen erneut entschieden haben? Kurz gesagt: Sie will die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nun und nimmer anerkennen. Ihre Anhänger wollen die Machtverhältnisse und die Grenzziehung, wie sie seit 1945 bestehen, durch militärische Kraftentfaltung radikal umstürzen. Sie wollen die Deutsche Demokratische Republik schlicht und einfach annexieren und ebenfalls dem Westblock zuführen. Sie wollen die verlorenen deutschen Ostgebiete, die jetzt polnisch, sowjetisch und wieder tschechoslowakisch sind, «heim ins Reich holen». Ja, sie träumen davon, die Sowjetunion und den ganzen Ostblock zu zerschlagen und für Deutschland überhaupt eine Weltgeltung zu gewinnen, wie sie kaum Hitlers Tausendjähriges Reich gehabt hätte. Das Werkzeug dafür soll die neue westdeutsche Wehrmacht sein, die als Hauptbestandteil der NATO-Streitkräfte schon heute die beherrschende militärische Rolle in Mittel- und Westeuropa spielt.

Es ist eine gänzlich wirklichkeitsfremde, ja phantastisch widersinnige Politik, die Bonn hier betreibt. Daß die Sowjetunion jemals dazu gebracht werden könnte, auch nur Ostdeutschland dem Westblock zu überlassen und dann Polen und die Tschechoslowakei den deutschen «Revanchisten» preiszugeben, während sie selber Ostpreußen räumen würde, all das, ohne durch einen verlorenen Krieg dazu gezwungen zu sein — das ist angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Stärke der Sowjetunion eine derart abenteuerliche Vorstellung, daß man sich immer wieder fragt, wie halbwegs vernunftbegabte Wesen und gar verantwortliche Staatsmänner ihr auch nur eine Stunde lang nachhängen können. Selbst wenn man eine «Politik der Stärke» lediglich in dem begrenzten Sinn gelten ließe, daß Westdeutschland mit Hilfe der Westmächte durch militärischen, wirtschaftlichen und politischen Druck den ostdeutschen Staat zum Zusammenbruch bringen oder doch die Sowjetunion zur Preisgabe der DDR zwingen könne, liegt die Widersprüchlichkeit und Aussichtslosigkeit dieser Zielsetzung auf der flachen Hand. Entweder ist es den Westdeutschen mit der «Befreiung der ostdeutschen Brüder» ernst — dann dürfen sie nicht ein geeintes, aufgerüstetes Deutschland gleichzeitig dem Westlager anzuschließen trachten und der Sowjetunion zumuten, daß sie ihnen dabei noch helfe. Oder sie führen im Bund mit den Westmächten den Kalten Krieg gegen den Osten bis zum erträumten Zusammenbruch des Sowjetblocks weiter — dann müssen sie die «in Frieden und Freiheit» zu erstrebende Einigung Deutschlands abschreiben. Aber beide Ziele miteinander zu verfolgen — das ist ein Unding und kann nur zu einer Kriegskatastrophe oder zu einer schweren politischen Niederlage und Demütigung führen, in jedem Fall also zum Bankrott der «Politik der Stärke». Gerade das ist aber

der Weg der Bonner Regierung — und das westdeutsche Volk läuft ihr dabei nach wie eine Schafherde, die von ihrem Hirten in den Abgrund geführt wird.

Verständigung ist möglich

Nun wird Westdeutschland auf Grund der Parlamentswahlen zwar auch eine neue Regierung bekommen. Denn die Christlich-Demokratische Union, die Partei Adenauers, hat ja die Mehrheit im Bundestag verloren, so daß sie zu einem Bündnis mit den «Freien» Demokraten oder gar mit den Sozialdemokraten gezwungen sein wird, wenn sie Regierungspartei bleiben will. Aber wie auch die künftige westdeutsche Regierung zusammengesetzt sein wird, und ob nun Adenauer (wenn auch nur vorübergehend) Bundeskanzler bleiben oder sofort durch Erhard, den «Wirtschaftswundermann», ersetzt werden wird — die Außenpolitik Bonns wird sich nicht wesentlich ändern, es sei denn unter einem unentrinnbaren Druck, den die Westmächte ausüben. Ist solch ein Druck wahrscheinlich? Oder werden die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich so unbedingt fest und treu hinter ihrem Verbündeten stehen, wie man das in Bonn hofft?

Kein Zweifel: den Kalten Krieg gegen den Sowjetblock werden die Westmächte grundsätzlich ebenso zielbewußt weiterführen wie die Bonner Regierung. Schon 1952 haben sie es rundweg abgelehnt, auf den sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrages mit Deutschland einzutreten, der freie gesamtdeutsche Wahlen unter Viermächtekontrolle vorsah — weil darin eben auch die Neutralisierung Deutschlands, also seine Freiheit von irgendwelcher Bindung an einen Militärblock, festgelegt werden sollte. Aus dem gleichen Grund wollen sie auch von einem Friedensvertrag mit den beiden deutschen Teilstaaten nichts wissen, wie ihn die Sowjetregierung jetzt vorschlägt. Der römische «Messagero» (13. Juni 1961) sagte es offen: «Die (von Moskau ausgehenden) Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage können nicht angenommen werden, weil ihre Annahme gleichbedeutend wäre mit einer amtlichen und dauernden Anerkennung der kommunistischen Regime in Osteuropa, mit einer Regelung der Grenzziehung im Osten durch Verhandlungen und schließlich mit einer Entmilitarisierung Westdeutschlands.»

Hier ist also — trotz gewissen Neigungen im Westen, die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anzuerkennen — kein wesentliches Abweichen von der Bonner Linie zu erwarten. Hingegen ist es durchaus möglich, daß die Westmächte in der Frage der *deutschen Einigung* und damit auch Westberlins selbstständig vorgehen werden. Man spricht es jetzt besonders in den Vereinigten Staaten — wie schon längst in England — immer deutlicher aus, daß die beiden Forderungen: Anschluß Gesamtdeutschlands an den Westblock und Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland «in Frieden und Freiheit» — also mit

Zustimmung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten — sich gegenseitig ausschließen. Von einer Erfüllung dieser *beiden* Forderungen, wie sie Adenauer den Westdeutschen seit Jahren verspricht, könne in absehbarer Zukunft keine Rede sein, schrieb letzthin (19. September 1961) Walter Lippmann in der «New York Herald Tribune». Das werde in Amerika unter ernsthaften Beobachtern der deutschen Entwicklung seit langem als Tatsache anerkannt. «Aber es wäre für Westdeutschland politisches Gift gewesen, wenn die Alliierten offen über die Wahl zwischen dem Anschluß an Westeuropa und der Wiedervereinigung mit Ostdeutschland gesprochen hätten... Eine Wahl zwischen den beiden Adenauer-Versprechen ist jedoch nunmehr unausweichlich, und alle verantwortlichen und unterrichteten Deutschen wissen das sehr gut.»

Das könnte heißen, daß die Westmächte sich mit der Zweiteilung Deutschlands offen oder stillschweigend abfinden und das Dasein der DDR in irgendeiner Form tatsächlich anerkennen müssen. Vor einem hochgerüsteten und wiedervereinigten Deutschland hat man ja auch im Westlager weitherum Angst, und daß die Aussicht auf eine Vereinigung mit dem überwiegend protestantischen und sozialistischen Ostdeutschland mindestens beim katholischen und vollreaktionären Flügel der Adenauer-Partei keinerlei Begeisterung erweckt, weiß man auch. Warum also nicht mit der DDR über Berlin verhandeln in dem Sinn, daß die politische Selbstbestimmung Westberlins und die Anwesenheit und Bewegungsfreiheit der westmächtlichen Garnisonen in Westberlin gesichert würden, während die DDR die Kontrolle des Land- und Luftverkehrs mit Westberlin — der ja über ostdeutsches Gebiet gehen muß — zugestanden erhielte? Die Ausräumung des Wühl- und Hetzbetriebes in Westberlin wäre dadurch ebenso möglich wie die Sperrung des Fluchtweges nach Westdeutschland. Und wirkliche Lebensinteressen der Westmächte würden in keiner Art und Weise verletzt.

Wenn man aus den freilich verworrenen Andeutungen über die Absichten der Regierungskreise in Washington, London und Paris einen Schluß ziehen darf, so scheint sich die westmächtliche Diplomatie auch tatsächlich in der Richtung auf ein solches Abkommen zu bewegen. Sogar in Bonn hat man offenbar begonnen, sich auf eine «biegsame» Haltung gegenüber der DDR umzustellen, was freilich nicht verhindert, daß die breite Öffentlichkeit Westdeutschlands eine neue, schwere Enttäuschung und Ernüchterung erfahren wird. «Wer auch in Bonn regiert — er wird dem deutschen Volk bittere Wahrheiten einprägen müssen», meint ein Bonner Mitarbeiter der Londoner «Peace News» (22. September). «Es wird auf lang hinaus keine Revision der Grenzen geben, es wird keine Rückkehr der Ostprovinzen geben, es wird kein Berlin geben, das nur mit dem Westen gemäß den Bonner Bedingungen verbunden wäre. Wir müssen nur hoffen, daß all dies im deutschen Volk nicht den Ruf nach einem neuen starken Mann

auslöst, der verlangen würde, daß man Deutschland gebe, was es wolle. Wenn er Strauß hieße und von den Amerikanern Kernwaffen hätte, wäre die Welt in einer noch gefährlicheren Lage, als sie bereits ist*..»

Amerikanische Triebkräfte

Aber auch wenn die Westmächte, zur schweren Enttäuschung der Bundesdeutschen, durch Verhandlungen mit der DDR und der Sowjetunion eine Neuregelung der Lage Westberlins ermöglichen, vielleicht sogar die jetzigen Grenzen Ostdeutschlands als endgültig anerkennen sollten — werden sie dann auch bereit sein, weiterzugehen und Deutschland zu entmilitarisieren und zu neutralisieren? Denn bevor das geschehen ist, werden sich die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei nie sicher fühlen und werden auch alle Bemühungen um die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten vergeblich sein. Werden die Westmächte und vor allem die *Vereinigten Staaten*, auf die es hier entscheidend ankommt, diejenige Gesamtschwenkung ihrer Politik vorzunehmen bereit sein, die in erster Linie nötig ist, wenn der Kalte Krieg überwunden werden soll?

Die bisherige Deutschland- und Ostpolitik Amerikas ist gewiß nicht *nur* durch den kapitalistischen Charakter seiner Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt, aber doch weithin. Der Lebensraum der Privat- und Profitwirtschaft, die sich ausdehnen oder dann absterben muß, ist ja durch die Entstehung einer nichtkapitalistischen, grundsätzlich sozialistischen Welt schon jetzt ganz bedenklich eingeschrumpft und wird noch weiter einschrumpfen, je mehr sich die unterentwickelten Länder, auch die lateinamerikanischen, von der kolonialistischen Bevormundung und Ausbeutung durch die hochindustrialisierten Länder freimachen. Die Feindschaft gegen alles, was Sozialismus oder gar Kommunismus heißt, ist darum fast ein Lebensgesetz für die bürgerlich-kapitalistischen Staaten. «Die amerikanische Ideologie», so schrieb vor nicht so langer Zeit (30. April 1961) der konservative Londoner

* Es scheint, daß Adenauer in Washington zuerst so «ausschweifende und gefährliche Forderungen» vorbringen ließ, daß sie unmöglich angenommen werden konnten. Dann soll er mit neutralistischen Andeutungen an Moskau herangetreten sein. Das habe schließlich die Vereinigten Staaten veranlaßt, die Anerkennung der DDR ins Auge zu fassen. Selbst die «Neue Zürcher Zeitung», die (vom sicheren Port) ständig Unnachgiebigkeit gegenüber der Sowjetunion predigt, rechnet damit, daß die Westmächte für einen «erträglichen Kompromiß» über Westberlin «einen hohen Preis in Form von Konzessionen auf der Ebene der deutschen Frage bezahlen» müßten. Das hindert freilich das Blatt nicht, dem Professor Hans Zbinden (in Nr. 3598) das Wort zu einem Artikel «Verhandeln oder Handeln?» zu geben, in dem der Verfasser für «solidarisches und entschlossenes Vorgehen» der Westmächte wirbt. Wie das gemeint ist, mag man daraus ersehen, daß der Mann sich vorstellt, am 13. August hätten in Berlin «mit Bulldozern und Dampfwalzen im Schutz von Panzern die Drahtverhaue und die gleich darauf errichteten Mauern niedergewalzt» werden können. Verantwortungslosigkeit ist ein schwacher Ausdruck für den «Geist», in dem dieser Berner Heimkrieger gegen die DDR und die Sowjetunion wütet.

«Observer», «setzt den Kapitalismus nicht nur mit Freiheit gleich, sondern fast auch mit Tugend. Die Nationalisierung einer amerikanischen Unternehmung durch einen kleinen Staat scheint für die meisten Amerikaner ein so offenkundiger Beweis politischer Sünde zu sein, daß darüber gar keine weitere Auseinandersetzung nötig ist.» Und der Vorsitzende der Außenhandelskommission des amerikanischen Senats sagte letzthin: «Unser Außenhandelsproblem ist unlösbar, solange die Sowjetunion besteht und die möglichen Kunden wie die reichen Rohstoffe ihrer Länder uns und der übrigen freien Welt entzogen sind.» Das ist deutlich genug, zumal es sich nicht nur um die Sowjetunion handelt, sondern auch um China und Südostasien, um Afrika und den Mittelosten, um Mittel- und um Südamerika.

Dazu kommt noch die überragende Bedeutung der Rüstungsindustrie für den Gang der amerikanischen Wirtschaft. Die Stockungserscheinungen, die sie aufweist, wären noch viel ausgeprägter, lieferten nicht die riesigen Staatsaufträge einigermaßen einen Ersatz für die schwindenden Privataufträge. Wenn gegenwärtig «nur» 6 oder 7 Prozent der zivilen Arbeitskräfte beschäftigungslos sind gegen 15 bis 25 Prozent in der Krisenzeite der dreißiger Jahre, so sind daran vor allem die mehr als 40 Milliarden Dollar «Verteidigungsausgaben» schuld, die sich die Vereinigten Staaten alle Jahre leisten. Grund genug, den Kampf gegen den Kommunismus als vordringlichste Lebensnotwendigkeit der Nation auszugeben und aufrechtzuerhalten. Der ganze soziale und politische Aufbau der USA mit seiner Klassenherrschaft und seiner halbfaschistischen Gleichschaltung und Uniformierung der Geister käme ins Wanken, hielte ihn nicht der wütste Antikommunismus noch ordentlich zusammen — was ähnlich auch von den kapitalistischen «Demokratien» Europas gilt.

Und doch schreitet die so ausgerichtete amerikanische Weltpolitik von einem Mißerfolg zum anderen. Ich habe im Juli-August-Heft (Seite 242) anhand einer Washingtoner Presseäußerung gezeigt, wie begründet das Unbehagen in den USA über die anscheinend unaufhaltsame Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs ist. Man gibt sich trotz allem halt doch Rechenschaft von der zunehmenden Erstarkung des kommunistischen Weltlagers und seiner wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kräfte, die eine Machtprobe mit ihm als immer aussichtsloser erscheinen lassen. Der Optimismus der Dulles-Periode, dem zufolge es nur eines fortgesetzten und immer stärkeren Druckes der «freien Welt» bedürfe, um den ganzen Sowjetblock zum Zusammenbruch zu bringen, macht mehr und mehr einem düsteren Pessimismus Platz. Die helleren Köpfe unter den Planern der amerikanischen Politik beginnen, wie die Neuyorker «Monthly Review» (September 1961) schreibt, «nicht allein die Lebensfähigkeit einer sozialistischen Planwirtschaft zu erkennen, sondern auch die ihr innenwohnende Überlegenheit über das Chaos der kapitalistischen Wirtschaft. Sie sind sich im Herzen klar, daß spätestens in ein paar

Jahrzehnten — wenn die Welt noch so lang steht — der sozialistische Block seinen kapitalistischen Konkurrenten ein- und überholt haben wird.»

Verfliegende Illusionen

Man fühlt wohl auch im großen Publikum der Vereinigten Staaten, daß die Zeit nicht *für*, sondern *gegen* den Kapitalismus und seine Weltmachtpolitik arbeitet. Aber gerade darum ist die Gefahr so groß, daß aus dieser Stimmung irgendeine Kurzschlußhandlung erwächst, die die verhängnisvollsten Wirkungen haben müßte. Wohin sollte es auch führen — so denkt nicht nur «der Mann auf der Straße» —, wenn die Wirtschaft keine Rüstungsaufträge mehr hätte, wenn niemand mehr an die russischen und chinesischen Kriegspläne glaubte, wenn der Westblock auseinanderfiele, wenn Deutschland seine Rolle als Rammbock gegen den Osten ausgespielt hätte? Die ganze Weltstellung und Wirtschaftsmacht des heutigen Amerika wäre erschüttert, ja gebrochen, der Traum vom «amerikanischen Jahrhundert» ausgeträumt. Muß das nicht *um jeden Preis* verhindert werden? Und wäre nicht eine jetzt ausgelöste Kraftprobe die letzte Gelegenheit, das Schicksal zu wenden — wenn es nicht wirklich schon zu spät dazu wäre?

Präsident Kennedy hat im vergangenen April, nach der kubanischen Niederlage, vor der Vereinigung der amerikanischen Chefredaktoren tatsächlich gesagt, er sei «entschlossen, das Weiterleben und den Erfolg unseres Systems zu sichern, ohne Rücksicht auf die Kosten und ohne Rücksicht auf die Gefahr». Berlin könnte in den Augen des Durchschnittsamerikaners gerade ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit dieses Selbstbehauptungswillens des «Systems» sein. Bereits berichtet Kingsley Martin dem «New Statesman» (29. September) aus Neuyork: «Das amerikanische Publikum ist weiterhin verwirrt, da ihm alle Tage erzählt wird, Rußland bedrohe Berlin und Amerika werde nie nachgeben. Da es sich herumspricht, daß Ostdeutschland anerkannt werden soll und daß die Westdeutschen es als Verrat ansehen, wenn man von zwei Deutschland rede, schreit die republikanische Presse „München“ und wetzt ihre Messer auf den Tag hin, da unvermeidlich irgendein verhandlungsmäßiger Ausgleich amtlich verkündet wird. Kennedy wird von der Presse „gekreuzigt“ werden, und den bereits gefährlich erstarkenden faschistischen Gruppen in Amerika wird sich eine große Gelegenheit bieten.»

Wird Kennedy politisch diese Krise überleben? Bisher ist es ihm jedenfalls, wie auch die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 3604) feststellt, «nicht gelungen, dem Durchschnittsbürger der mittelwestlichen Staaten eine der wichtigsten Tatsachen im Rahmen der gegenwärtigen internationalen Situation begreiflich und akzeptierbar zu machen — nämlich ihn davon zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten infolge der Verschiebungen, die sich im *weltpolitischen Kräfteverhältnis* voll-

zogen haben, über die unbeschränkte Macht, wie sie dem amerikanischen Volk lange als eine Selbstverständlichkeit erschien, nicht verfügen, ja selbst ein unbedingtes Übergewicht nicht mehr besitzen und deshalb nicht in der Lage sind, ihrem Willen überall und zu jeder Zeit Geltung zu verschaffen. Was immer Kennedy getan hat, um seinem Lande die Tatsache eines relativen Umschwungs zum Bewußtsein zu bringen — der Amerikaner im Mittleren Westen ist ihm dabei nicht gefolgt, sondern hat an seinem unerschütterlichen Glauben an die in der Welt in keiner Beziehung übertroffene Macht der Vereinigten Staaten festgehalten.»

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten die deutsche Frage benützen werde, um alles auf eine Karte zu setzen und nötigenfalls wirklich den Gewaltstreich zu wagen, den so viele Heimkrieger herbeiwünschen. Es ist im Gegenteil zu erwarten, daß die öffentliche Meinung Amerikas zuletzt hinter Kennedy stehen wird, wenn er zu einem vorläufigen Ausgleich mit der Sowjetunion die Hand bietet. Aber das scheint uns angesichts der vorhin gekennzeichneten Grundkräfte der amerikanischen Weltpolitik immerhin sicher, daß mit einer friedlichen Bereinigung des Streitfalles Berlin die Friedenskräfte noch nicht endgültig gewonnen haben werden und der aus dem kämpferischen Antikommunismus entsprungene Kalte Krieg nicht grundsätzlich überwunden sein wird. Die Entscheidung darüber wird erst noch kommen.

Neue Abrüstungspläne

Aber nun haben ja die Vereinigten Staaten am 25. September der UNO einen eigenen Abrüstungsplan unterbreitet, der «so bald wie möglich» die Anhandnahme der militärischen Abrüstung in drei Stufen vorsieht, mit dem Verbot der Kernwaffenversuche und der Herstellung spaltbarer Stoffe als ersten Maßnahmen. Die Vereinigten Staaten haben sogar mit der Sowjetunion zusammen schon ein paar Tage vorher einen gemeinsamen Abrüstungsplan vereinbart, der zwar nicht bestimmt umrissene Maßnahmen für die Durchführung der Abrüstung vorschlägt, aber doch Grundsätze aufstellt, die den Rahmen für weitere Verhandlungen über die ganze Frage bilden sollen. Die Abrüstung soll danach «allgemein und vollständig» verwirklicht werden, in verschiedenen Stufen und immer unter wirksamer internationaler Kontrolle. Die fortschreitende Abrüstung solle von Maßnahmen begleitet sein, die mit Hilfe der bereits bestehenden Einrichtungen — gemeint ist wohl vor allem die Organisation der Vereinten Nationen und das Internationale Schiedsgericht — die Lösung von internationalem Streitfragen durch friedliche Mittel sichern könnten.

Ich bin trotz allen Enttäuschungen, die die Menschheit mit den Abrüstungsbemühungen schon erlebt hat, nicht abgebrüht genug, um diese Vereinbarung einfach als Papierkorbstoff abzutun. Es will doch

etwas heißen, wenn die Vormächte der beiden gegnerischen Weltlager sich auf eine Grundlage für eigentliche Abrüstungsverhandlungen geeinigt haben, zumal in diesem Augenblick, da man in allen Staaten immer noch so tut, als könnten internationale Streitfälle wie die deutsche Frage durch Krieg gelöst werden. Das ist ein Fortschritt. Wichtig ist auch, daß man nun der Sowjetunion, deren Vertreter das Schriftstück vom 20. September mitunterzeichnet hat, nicht mehr vorwerfen kann, sie lehne eine wirksame Kontrolle der etwa zu beschließenden Abrüstungsmaßnahmen ab. Dieser Vorwurf war zwar auch bisher schon unberechtigt; die Sowjetunion wollte nur verhindern, daß unter dem Vorwand einer Kontrolle tatsächlich Spionage getrieben und nur der Rüstungsstand kontrolliert würde, nicht aber eine zielbewußte Abrüstung. Der amerikanisch-sowjetische Rahmenplan schließt nun aber einen solchen Mißbrauch aus, so daß man in Moskau offenbar keine Bedenken mehr gegen Kontrollmaßnahmen hat.

Die große Frage bleibt freilich, ob und wann der in Washington, Neuyork und Moskau vereinbarte Verhandlungsrahmen auch wirklich ausgefüllt werden wird. Und hier muß man nun tatsächlich alle Vorbehalte machen. Nicht daß — wie im Westen so vielfach behauptet wird — die Sowjetunion ihren Machtbereich mit Gewalt auszudehnen entschlossen sei und nur durch Drohung mit Gegengewalt davon abgehalten werden könne, gerade auch in der Berlinfrage. Der amerikanische Journalist Drew Pearson, einer der gelesensten Kommentatoren der USA-Presse, der unlängst zwei Tage lang mit Chruschtschew zusammen war, unterstreicht in seinen Berichten immer wieder seine Überzeugung, daß es dem sowjetischen Ministerpräsidenten wirklich ganz ehrlich um Abrüstung und einen zuverlässigen Friedenszustand zu tun sei. Auch was die Sowjetunion für Berlin und Deutschland überhaupt vorschlage, enthalte keinerlei Bedrohung der Rechte der Westmächte. «Wenn das Krieg bedeutet», so schreibt er (vgl. «Detroit Free Press», 2. September), «dann müssen die Vereinigten Staaten diesen Krieg anfangen. Chruschtschew wird ihn nicht anfangen, aber er ist bereit für ihn. Das macht er ganz klar. Seine Pläne für die Zukunft, seine Veröffentlichung des 20-Jahr-Plans, seine Darlegungen über Landwirtschaft, Kraftwerke, Bewässerung, die Erschließung von Neuland — all das weist darauf hin, daß er an Frieden denkt. Das gleiche gilt vom russischen Volk. Es erörtert eifrig den 20-Jahr-Plan und will keinen Krieg, der ihn zerbrechen müßte . . . Ich gewann die Überzeugung, daß sich wahrscheinlich eine neue Ära russisch-amerikanischer Verständigung entwickelt hätte, wenn Eisenhower und Chruschtschews Freundschaft nicht durch den U-2-Zwischenfall zerissen worden wäre . . . Chruschtschew hat eine lebendige Erinnerung an den letzten Krieg, wie die meisten Russen. Aber er hat nicht nur seinen Sohn verloren, sondern war auch an zwei der blutigsten Fronten: Stalingrad und Kursk. Das ist ein Grund, warum er so leiden-

schaftlich entschlossen ist, die Entstehung eines neuen militärischen Deutschland zu verhindern.»

Präsident Kennedy wünscht sicher nicht weniger aufrichtig die Vermeidung eines neuen Weltkriegs. Aber er fühlt sich nicht nur an das militaristisch-nationalistische Westdeutschland gebunden, sondern erklärt sich auch — wie sein früher erwähnter Ausspruch bezeugt — fest entschlossen, das Gesellschaftssystem der Vereinigten Staaten und des Westens um jeden Preis zu verteidigen. Und eine entscheidende Stütze dieses Systems ist nun eben die Militärrüstung, bei deren Wegfall die ganze Stellung der Vereinigten Staaten als der Vormacht des Weltkapitalismus untergraben wäre. Vom Interesse der amerikanischen Rüstungsindustrie an der Erhaltung der internationalen Spannung nicht zu reden. Das wirft immer wieder die Frage auf, ob Kennedy und seine Regierung die Kraft hat, dem gewaltigen Druck zu widerstehen, den die Nutznießer des herrschenden Systems auf die amerikanische Innen- und Außenpolitik ausüben. Der Glaube an die Notwendigkeit und die Vorteile des Wettrüstens ist in diesen Kreisen noch viel zu groß. Nicht umsonst sagte der amerikanische Wehrmachtminister McNamara am 28. September im Fernsehen, die Atomwaffenvorräte der Vereinigten Staaten überträfen die der Sowjetunion um ein Mehrfaches . . .

Und die UNO? Der Organisation der *Vereinten Nationen* fiele natürlich eine Hauptrolle im Kampf für die Abrüstung zu, weshalb denn auch die jüngsten Abrüstungspläne in aller Form der UNO unterbreitet worden sind. Aber die UNO steckt jetzt eben in einer Krise, die ihre Tätigkeit völlig zu lähmen droht, ja ihr Weiterleben selbst in Frage stellt. Der schreckliche Tod ihres Generalsekretärs Dag Hammarskjöld, der noch immer nicht befriedigend aufgeklärt ist, hat sie in einem Augenblick überrascht, da sie die Kraft und Geschicklichkeit dieses erstrangigen, vielleicht einzigartigen übernationalen Diplomaten nötiger hätte als je. Hammarskjölds Kongo-politik war zweifellos in wesentlichen Stücken sehr anfechtbar. Unter dem Einfluß seiner Umgebung und der Westmächte sah er insbesondere in Lumumba unberechtigterweise einen Strohmann Moskaus, der die Festsetzung des Weltkommunismus in Mittelafrica vorzubereiten hätte, und begünstigte darum dessen Gegenspieler Tschombe, der nun wirklich nur eine Puppe in der Hand des internationalen Kolonialkapitals ist. Aber nach der Bildung einer neuen Zentralregierung der Republik Kongo, der als Vizepräsident ein Anhänger Lumumbas angehört — Gizenga, der bisherige Präsident der Ostprovinz —, ordnete Hammarskjöld doch endlich in Ausführung des Auftrages, den ihm die Generalversammlung der UNO im vergangenen Februar gegeben, die Brechung des katangischen Sonderbündlertums an. Die Aktion ist zwar infolge der Rückendeckung, die Tschombes «Regierung» bei der

Union Minière und deren Freunden findet, ins Stocken gekommen, aber gerade darum ist ihre Fortsetzung mit wesentlich verstärkten Kräften dringend notwendig. Und Hammarskjöld wäre der Mann gewesen, das sicherzustellen und zum Erfolg zu führen. Vielleicht mußte er eben deshalb durch einen Flugzeugabsturz im nordrhodesischen Busch sterben.

Wie dem aber auch sei, die Frage, ob und wie die UNO handlungsfähig erhalten werden kann, stellt sich mit beunruhigender Dringlichkeit. Zuerst gilt es natürlich, einen Nachfolger für Hammarskjöld zu bestimmen. Dann muß die Kongoaktion tatkräftig ihrem Ziel zugeführt und die Einheit der Republik wiederhergestellt werden. Und gleichzeitig müssen die Vereinten Nationen durch die Aufnahme Chinas auf eine breitere Grundlage gestellt werden, worauf dann ihr Sekretariat einer gründlichen Umgestaltung unterzogen werden sollte. Denn auch wenn der sowjetische Vorschlag eines dreigliedrigen Sekretariats, in dem der Vertreter der kommunistischen Staaten also ein Einspruchsrecht hätte, für die Westmächte unannehmbar scheint, so drängt sich eine neue Form der UNO-«Regierung» dennoch auf, schon weil nach unparteiischem Urteil der kommunistische Block im Sekretariatskörper ungenügend vertreten ist. Lauter Aufgaben, die ebensoviel Behutsamkeit und Geschick wie Energie und Zielklarheit für ihre Bewältigung erfordern. Wie unter diesen Umständen die Vereinten Nationen die treibende und tragende Kraft bei der Sicherung des Weltfriedens und der Herbeiführung einer internationalen Abrüstung werden sollen, ist vorerst unerfindlich. Und doch muß die UNO erhalten und handlungsfähig bleiben, soll nicht die Anarchie im Völkerleben aufs neue in ärgster Form durchbrechen.

Ordnung und Unordnung

In milderer Formen ist ja Anarchie, Unordnung, Gesetzlosigkeit der dauernde, sozusagen normale Zustand des nationalen und internationalen Lebens allüberall in der Welt. Anarchie ist das Kennzeichen unserer Wirtschafts«ordnung», des von Geldgier und Selbstsucht angetriebenen Kapitalismus, und damit auch der Beziehungen zwischen Volksteilen und ganzen Völkern untereinander. Jeder Blick auf die Tagesereignisse bestätigt es uns. Anarchie und Faustrecht wüten jetzt als Krieg und Attentatsseuche schlimmer als je in Algerien. Anarchie, notdürftig verschleiert durch Diktatur, herrscht in Frankreich, wo sich de Gaulle immer mühsamer des Ansturms auf sein Regime erwährt. Anarchie greift erneut in Vorderasien um sich, wo der Abfall Syriens von Ägypten — teils die Gegenwirkung gegen die als Fremdherrschaft empfundene Diktatur Nassers, teils Ausdruck einer sozialen und politischen Reaktion — wieder alles durcheinanderzubringen droht, was sich langsam zu ordnen begann. Südostasien mit Formosa, Laos, Südvietnam ist ohnehin in ständiger Unruhe und Gärung. Die

neuen Herren in der Türkei glauben die Ordnung nur noch mit Rachejustiz und Todesurteilen gegen ihre innenpolitischen Gegner aufrechterhalten zu können. Und so geht es mit Gewalttätigkeit und Kampf aller gegen alle in vier Erdteilen ohne Ende weiter.

Wo sind aber die Ordnungs- und Friedenskräfte? Sie bleiben schwach, einflußlos fast in allen Ländern, mindestens in denen des Westens (das Wort immer nicht geographisch, sondern politisch verstanden), und unterliegen oft genug feig und charakterlos dem korrumierenden Druck der herrschenden Meinung, der von den Herrschenden gemachten «öffentlichen Meinung». Man sieht das nicht nur an der «Opposition» in Frankreich, Westdeutschland und der Schweiz; es trat einem auch wieder am soeben abgeschlossenen Labourparteitag entgegen. Was dort an radikaleren Sozialreformen gefordert wurde, tut den die Bewegung beherrschenden Politikern der Rechten um Gaitskell nicht weh; es ist im besten Fall Zukunftsmusik. Entscheidend ist die Gegenwart, und da hat die Parteiführung, wie man jetzt überall hören und lesen kann, einen «überwältigenden Sieg» erfochten durch den Umsturz des anstößigen Parteitagsbeschlusses vom letzten Jahr zugunsten einer einseitigen Abrüstung Englands. Jetzt bekennt sich die große Mehrheit der Labourvertreter zur Atombombe als unerlässlichem Schreckmittel im Kampf gegen den Osten und damit zur Bindung an die Vereinigten Staaten, die stärkste Stütze der kapitalistischen Welt«ordnung». Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden? Festigkeit, unbestechlicher, klarer Sinn und Vertrauen in den Durchbruch der wirklichen Ordnungskräfte durch die Lügenfront der sogenannten Realpolitik — das tut uns in dieser Entscheidungszeit mehr not als je. Nur wer ausharrt bis ans Ende, wird gerettet werden und hilft auch die anderen mittreten.

6. Oktober 1961

Hugo Kramer